

Luxembourg pro-Bolkestein

Le premier ministre Jean-Claude Juncker est-il toujours au courant des prises de position du grand-duché au sein des instances européennes? C'est la question que l'on peut se poser au sujet de la défunte directive "Bolkestein", et plus précisément du principe du pays d'origine (PPO). Car si Juncker, durant la campagne électorale de 2004, s'était affiché comme opposant à cette directive qu'il vouait aux ordures, certains textes font penser le contraire. Le woxx s'est procuré les procès-verbaux des six réunions du groupe de travail du Comité des représentants permanents (Coreper) de Bruxelles. Comme le nom l'indique, ce comité regroupe les délégations des Etats membres qui y négocient les propositions de directive. D'après ces rapports, le Luxembourg se serait trouvé quasiment à l'avant-garde des pays pro-Bolkestein. Dans le procès-verbal du 27 février 2004, on peut en effet lire: "La réunion a donc permis une première identification des questions sensibles, sans grandes surprises d'ailleurs, comme en ont convenu tant la Présidence que la Commission. De confirmer aussi la priorité qu'attachent à cette proposition tant la Commission que la Présidence et ses trois successeurs (NL, LUX, UK, qui se sont tous exprimé très favorablement sur la Directive)." En particulier, le PPO était soutenu par notre gouvernement, comme en témoigne le procès-verbal du 2 avril 2004: "A l'opposé [d'autres pays qui ont fait part de leurs réticences], LUX et Pologne se déclarent en faveur du principe du pays d'origine". Ces tractations ont évidemment eu lieu à un moment où la directive sur les services ne se trouvait pas sous le feu des projecteurs. Les rapports troublants laissent planer le doute sur la sincérité du gouvernement luxembourgeois. Le Luxembourg aurait-il adopté une position hypocrite en la matière? Le ministre délégué aux affaires européennes, Nicolas Schmit, a récemment été confronté publiquement sur cette ambiguïté lors d'une table ronde sur RTL-Television par Michel Erpelding, président de l'Union Nationale des Etudiants du Luxembourg (UNEL). Visiblement gêné, il a préféré se taire en secouant la tête en signe de désapprobation. Pourtant, le ministre devait exactement savoir de quoi parlait Erpelding: avant d'intégrer le gouvernement, c'est Schmit qui négociait la directive Bolkestein au sein du Coreper pour le Luxembourg.

Campagne pour l'asile

Le mouvement contre la nouvelle loi sur l'asile commence à prendre de l'ampleur. D'une part, la pétition contre cette loi, issue du milieu universitaire, approche des mille signatures affichées en ligne (<http://petition.networld.lu>). Elle pourrait recueillir plusieurs milliers de signatures avant le second vote de la loi, prévu pour la fin mars. D'autre part, la journée de sensibilisation, mardi dernier à la Place d'Armes, a connu un certain succès. Elle était organisée par le comité d'action "Migrations", proche de l'Infoladen d'Esch. Ce comité diffuse également la pétition, même si ses revendications vont plus loin. Sa campagne est aussi appuyée par un quatre pages rempli de textes critiques à l'égard de la politique de migrations européenne, soutenu par le Feierkrop, dans une mise en page portant la griffe de l'hebdo satirique. En matière d'asile, la coalition gouvernementale a multiplié les bavures et affronte les critiques du Conseil d'Etat, tout comme celles de la société civile - depuis "la Gauche" jusqu'au vicaire général Mathias Schiltz. Si elle faisait passer en force le texte actuel, cela conférerait une grande légitimité à des actions de désobéissance civile pour aider des réfugié-e-s.

*Auch wenn Geflügel
über Jahre hinweg
im Stall bleiben muss,
macht Öko-Tierhaltung Sinn,
findet Aender Schanck.
Für den Geschäftsführer von
Biogros ist keineswegs
das Ende des Biohuhnes
gekommen.*

(Foto: Christian Mosar)

VOGELGRIPPE

"Bio geht über Freilandhaltung hinaus"

woxx: Ob BSE oder Dioxin - bislang hat die Biobranche meist von Krisen in der Landwirtschaft oder der Nahrungsmittelherstellung profitiert. Wie läuft das Geschäft mit Biohühnchen und Bioeiern in Zeiten der Vogelgrippe?

Aender Schanck: Bis jetzt erleben wir keinerlei Einbrüche in den Umsatzzahlen. Man könnte sogar meinen, dass das Gegenteil der Fall ist. Doch eine genaue Tendenz lässt sich momentan nicht feststellen.

Von der Vogelgrippe könnte vor allem die industrielle Landwirtschaft, die von vornherein nicht auf Freiland setzt, profitieren, sagen einige Experten. Wie schätzen Sie das ein?

Sollten jetzt wieder Legebatterien und Ähnliches ins Gespräch kommen, wäre das natürlich total falsch. Ich denke auch nicht, dass das eintreten wird. Immerhin begünstigt eine industrielle Massentierhaltung die Ausbreitung einer Viruserkrankung. Deswegen habe ich eigentlich zur Zeit keine Bedenken, dass die Vorteile einer natürlicheren Tierhaltung plötzlich nicht mehr erkannt werden.

Dennoch könnte die Vogelgrippe dazu führen, dass eine Freilandhaltung bis auf Weiteres verboten wird. Kann man Hühner ökologisch gerecht halten, wenn sie dauernd im Stall eingesperrt sind?

Zunächst einmal muss man ganz klar zwischen den verschiedenen Arten der Tierhaltung unterscheiden. Bei der einfachen Freilandhaltung geht es in erster Linie darum, dass die Tiere rauskommen. Oft sind die Ställe, die ihnen zur Verfügung stehen, nicht optimal konzipiert. Denn man will ja, dass die Tiere so viel wie möglich draußen sind. Die Kriterien der ökologischen Geflügelhaltung gehen viel weiter. Hier wird auch beim

Bau der Ställe darauf geachtet, dass sie möglichst artgerecht sind. Es gibt eine ganze Reihe weiterer Unterschiede in den Richtlinien - etwa in Bezug auf die Fütterung.

Das Stallgebot könnte unter Umständen langfristig gelten. Dürfen in diesem Fall Geflügel oder Eier vom Biohof trotzdem das Label Bio tragen?

Sollte es eine langfristige Ausgangssperre für Tiere geben, werden sich die zuständigen Gremien des Ökolandbaus damit auseinandersetzen. Im Moment gibt es eine Ausnahmege-nehmigung: Tiere, die im Stall bleiben müssen, dürfen weiterhin unter dem Biolabel vermarktet werden. Ich bin der Meinung, dass wir auch im Falle einer langfristigen Stallpflicht unsere Tierproduktion nach ökologischen Kriterien ausrichten sollten. Wir müssen in der jeweiligen Situation das Bestmögliche versuchen, eine ökologisch gerechte Tierhaltung zu realisieren. Auch wenn wir dann nicht mehr von Freilandhaltung reden können.

Wie reagiert die Ökobranche bislang intern auf die Gefahr durch die Vogelgrippe? Gibt es einen Krisenplan?

Nein, die Verbände beschäftigen sich zur Zeit vor allem mit der geplanten Änderung der EU-Ökoverordnung, die eventuell noch während der österreichischen Präsidentschaft durchgezogen werden soll. Die Idee, dass künftig EU-weite Mindeststandards ausschlaggebend sind und die einzelnen Verbände wie Bioland oder Demeter nicht mehr damit werben dürfen, dass die hauseigenen Kriterien weiter gehen, hält die Verantwortlichen derzeit mehr auf Trab als die Vogelgrippe.

Man hat ohnehin nicht den Eindruck, dass die Vogelgrippe die Ökobranche in Alarmzustand versetzt. Nimmt man die Gefahr nicht ernst?

Momentan herrscht eine Stimmung, als würde die Welt untergehen. Das ist meiner Meinung nach übertrieben. In der BSE-Krise wurde stellenweise behauptet, es drohe eine massenweise Ansteckung der Men-



schen durch den Kreuzfeld-Jacob-Erreger. Das ist nicht eingetreten. Bisher haben sich glücklicherweise ja auch nicht sehr viele Menschen mit dem Vogelgrippevirus angesteckt. Ich denke, dass die Gefahr überbewertet wird.

Sie wird jedoch auch in Europa immer konkreter. Sollte man sich mit dem Problem Vogelgrippe gar nicht auseinandersetzen?

Doch, natürlich sollte man das. Ich bin auch absolut dafür, dass die nötigen Maßnahmen wie etwa die Stallpflicht getroffen werden. Man darf die Gefahr keineswegs auf die leichte Schulter nehmen, jedoch sollte man eben auch nicht übermäßige Angst schüren.

Das Vogelgrippevirus wird kaum vor Ökohöfen halt machen. Welche Taktik verfolgt die Biobranche im Ernstfall?

Wir werden uns an das halten, was die Behörden vorschreiben. Sollte ein Biohof betroffen sein, müssen hier dieselben Maßnahmen getroffen werden wie anderswo.

Hat die Biobranche eine einheitliche Strategie?

Ob BSE, Schweinepest oder Maul- und Klauenseuche - zur Zeit sind fast alle unsere Haustiere von einer Krankheit bedroht. Eine regional begrenzte Notschlachtung kann demnach aus unterschiedlichen Ursachen angeordnet werden. In der Biobranche gibt es keine Mittel für einen entsprechenden Krisenstab. Das zentrale Anliegen der Biobewegung ist es nicht, besondere Maßnahmen gegen Krankheiten oder in Krisensituationen spezielle Strategien zu entwickeln. Es geht uns viel mehr darum, gemeinsam für einen anderen Umgang mit Tieren zu kämpfen. Das Verhältnis des Menschen zum Tier ist gestört. Einerseits reagieren wir sehr emotional, andererseits nehmen wir eine Ausbeutung in Kauf, die sehr weit geht. Wir sollten die Bedürfnisse der Tiere sachlich untersuchen und zusehen, wie wir eine möglichst artgerechte Haltung realisieren können.

Interview: Danièle Weber

Zur Person

Aender Schanck ist Geschäftsführer des Großhandels Biogros, der die Produkte der Biobauere-Genossenschaft vermarktet. Der gelernte Ingenieur technicien ist einer der Pioniere der Biobewegung in Luxemburg. Nachdem sein Bruder im Jahre 1980 den ersten Bauernhof biologisch-dynamisch bewirtschaftete, kümmerte sich Aender Schanck um die Vermarktung. Nach der Verbraucherinitiative "Biokrees" wurde 1988 auf seine Initiative hin die Biobauere-Genossenschaft gegründet. In den Jahren danach setzte sich Schanck für einen pragmatischen Ansatz in der Biovermarktung ein und scheute weder die Zusammenarbeit mit großen Supermarktketten wie Cactus noch mit Groß-Molkereien wie Luxlait. Dennoch steht er den neuesten Entwicklungen in der Biobranche, "die zu sehr in die Breite geht, und der die Tiefe verloren geht", skeptisch gegenüber.